Protokoll

über die 6. Sitzung des Ausschusses für Soziales der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf am Donnerstag, dem 07.11.2002, im Rathaus Zehlendorf, Sitzungsraum 102

Anwesende:	siehe Anwesenheitsliste
Beginn:	16:40 Uhr
Ende:	18:40 Uhr
Gäste:	siehe Anwesenheitsliste

Der Ausschußvorsitzende, Herr Bösener, begrüßt die Anwesenden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde erörtert, den neuen Tagesordnungspunkt 3 - Wahl von Ehrenamtlichen - in die Tagesordnung aufzunehmen.
Die Änderung der Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

TOP 1: **Öffentliche Bürger-Frage-Viertelstunde**

Es wurden keine Fragen eingereicht.

TOP 2: **Protokolle**

Das Protokoll der 4. und das Protokoll der 5. Sitzung wurden genehmigt.

TOP 3 (neu): **Wahl von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern**

BzStR Wöpke und Frau Löffler, Soz 2140, erläutern die Vorschlagsliste der Abteilung Soziales, die als Tischvorlage den Fraktionen vorliegt.

Es sind insgesamt 35 neu zu wählende ehrenamtliche Mitarbeiter aufgeführt, die in den Seniorenfreizeitstätten und Sozialkommissionen sowie im Projekt „Suppenküche" eingesetzt werden sollen.

Der Ausschuß nimmt die Vorschläge zustimmend zur Kenntnis.

TOP 4 (neu): **Anträge**

Der Ausschußvorsitzende regt an, beide Unterpunkte zum ehemaligen TOP 3 - Drs.Nr 345/II und Drs.Nr. 376/II - sowie zwei Änderungsvorschläge der Fraktionen - gemeinsam zu behandeln.

Zum dem Betrugsfall im Sozialamt erläutert BzStr Wöpke den letzten Stand der Erkenntnisse, insbesondere stellt er die durch die abteilungsübergreifende Arbeitsgruppe jüngst entdeckten weiteren Vorkommnisse dar.

Danach sind von der Arbeitsgruppe zwischenzeitlich weitere Unregelmäßigkeiten in 4 oder 5 Sozialhilfefällen festgestellt worden. In diesen Fällen hat der ehemalige Sachbearbeiter A. mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit private, eigene Rechnungen beglichen. Derzeit ist in diesen Fällen von einem Schadens-Umfang von rd. 2.000,- € auszugehen.

Ein schriftlicher Bericht der Arbeitsgruppe liegt dazu allerdings noch nicht vor, da die Prüfungen noch nicht abgeschlossen sind.

Ein erster Teilbericht zu den bisherigen Erkenntnissen der Arbeitsgruppe ist am 06.11. 2002 dem Amt zugegangen.

Herr Wöpke berichtet weiter, daß derzeit der betroffene Mitarbeiter A. nicht vernehmungs- bzw. anhörungsfähig ist.

Vor dem Hintergrund des Betrugsfalles ist von der LuV-Leitung eine Arbeitsanweisung erlassen worden, die dazu dienen soll, die Betrugsmöglichkeiten einzuschränken. Diese konnte allerdings vom betroffenen Fachbereich nicht akzeptiert werden, da sie nach dortiger Auffassung das Amt handlungsunfähig machen würde. Hierzu wird es gemeinsame Gespräche geben.

BV Böhnke erläutert vor dem Hintergrund der Erörterungen den Änderungsvorschlag seiner Fraktion.

Die Angelegenheit wird lebhaft erörtert.

BzStR Wöpke stellt dar, daß alle festgestellten Betrugsfälle im Land Berlin bisher auf unterschiedliche Art und Weise durchgeführt wurden. Schlußfolgerungen sowie ein Bericht sind daher aus seiner Sicht nicht vor Ende Februar 2003 zu erwarten.

Nach weiterer Debatte besteht schlußendlich Einvernehmen aller Fraktionen, über eine geänderte Fassung (s. Anlage) abstimmen zu wollen.

Der Vorsitzende wertet dies als Rücknahme aller übrigen Anträge und läßt folgerichtig über den vorgenannten (neu eingebrachten) Antrag aller Fraktionen abstimmen.

Der Antrag in der geänderten Fassung (s. Anlage) wird von allen Fraktionen einstimmig angenommen.

TOP 5 (neu): **Rückwirkungen der Sparmaßnahmen im Haushalt**

BzStR Wöpke berichtet für das Jahr 2002, daß per 01.11.2002 die Ausschöpfung aller Haushaltsansätze bei 96% lag.

Aus diesem Grund hat der Bezirk auch den Ausgleich von rd. 13 Mio. Euro Defizit bei der Senatsverwaltung für Finanzen beantragt. Die Hoffnungen, diesen Ausgleich tatsächlich zu erhalten, sind jedoch gering.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, für das Haushaltsjahr 2003 u.a. im Bereich der Altenhilfe bei den Busfahrten eine Kürzung von rd. 78.000,- € anzusetzen. Damit bleiben allerdings immer noch 50% der bisherigen Busfahrten erhalten.

Weiterhin werden alle Zuwendungen an andere Träger von Freizeitstätten auf den Prüfstand kommen müssen. Herr BzStR Wöpke stellt in diesem Zusammenhang die positiven Erfahrungen mit den bereits bestehenden Fördervereinen der Seniorenfreizeitstätten aus Zehlendorf dar.

Herr BzStR Wöpke geht auch auf die dramatische Personalsituation im Sozialamt ein und stellt die Zusammenhänge zwischen dem hohen Krankenstand, dem Wegfall von z.A.-Beamten, der Stellenbesetzungssperren, den vorgegebenen Personaleinsparungen, der wachsenden Arbeitsbelastung usw. dar.

Die Angelegenheit wurde eingehend erörtert.

TOP 6 (neu): **Auswirkungen wirtschaftlicher Schwierigkeiten freier Träger auf die sozialen Angebote im Bezirk**

Der Ausschußvorsitzende fragt nach, welche Erkenntnisse das Bezirksamt hinsichtlich der Auswirkungen wirtschaftlicher Schwierigkeiten freier Träger auf die sozialen Angebote im Bezirk hat.

BzStr Wöpke führt aus, daß zu befürchten ist, daß Angebote wegbrechen. Er macht allerdings in diesem Zusammenhang auch deutlich, daß das Amt nicht, wie in anderen Bezirken geschehen, Rechnungen liegen läßt, und dies dann u.a. zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Träger führt.

Der Ausschußvorsitzende bedankt sich ausdrücklich für diese Haltung.

Es entsteht eine lebhafte Debatte zur Frage von Konzepten für den Fall der Schließung von Einrichtungen im Bezirk.

TOP 7 (neu): **Krankheitsfälle in Steglitzer Seniorenheimen**

BzStR Wöpke berichtet, daß die Nachfrage beim Gesundheitsamt ergeben habe, daß insgesamt sechs Häuser im Bezirk betroffen seien. Keinesfalls sind jedoch die Erkrankungen auf Hygiene- oder Lebensmittelmängel in den Häusern zurückzuführen. Leider seien insbesondere ältere Menschen anfälliger für derartige Infektionen. Dies hat berlinweit zu einer Häufung der Erkrankungen im Seniorenheim- und Krankenhausbereich geführt.

Die Pflegedienstleiterin des Seniorenheimes „Käthe-Kollwitz" (KKH), Frau Stange, berichtet ausführlich über die Ereignisse in ihrem Haus. Sie stellt auch die personellen Schwierigkeiten dar, die infolge der Erkrankung von größeren Teilen des Personals entstanden sind.

Der Ausschußvorsitzende dankt Frau Stange für ihren Bericht.

Die Angelegenheit wird eingehend erörtert.

TOP 8 (neu): **Bericht aus dem Bezirksamt**

- Herr Imlau, SozL, berichtet zum Stand der Einrichtung der Grundsicherungsstelle.

  Diese wird im 11. Stockwerk des Bürohochhauses eingerichtet und voraussichtlich mit einem Leiter und vierzehn Sachbearbeitungen ausgestattet werden.

  Der Leiter der Grundsicherungsstelle wird Herr Voigt sein, der ab sofort im Raum 1120 unter der Tel.-Nr. 6321-4565 erreichbar ist und Auskünfte zum Grundsicherungsgesetz erteilen kann.

  Es ist beabsichtigt Grundsicherungsleistungen und Sozialhilfeleistungen für den betroffenen Personenkreis gemeinsam zu bearbeiten. Sprechzeiten sind beabsichtigt Montags bis Mittwochs von 9:00 bis 15:00 Uhr und Freitags von 9:00 bis 14:00 Uhr.

  Ab Mitte November erhalten Sozialhilfeempfänger, die Anspruch nach dem Grundsicherungsgesetz haben, die Antragsformulare vom Amt übersandt.

  Problematisch ist die Tatsache, daß die erforderliche Software nicht wie zugesichert zum Januar zur Verfügung stehen wird.

  Die Angelegenheit wurde ausführlich erörtert.

- Herr Imlau berichtet weiterhin über geplante Umzüge. Der Zehlendorfer Teilbereich des Fachbereiches 3 wird aus dem Rathaus Zehlendorf in das Bürohochhaus und der für Veranstaltungen zuständige Teil des Fachbereiches 2 aus dem Rathaus Steglitz in das Rathaus Zehlendorf ziehen.

- Herr Imlau berichtet dem Ausschuß über den Prüf- und Ermittlungsdienst. Es sind insgesamt 7 Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter dort tätig.

  Für das Jahr 2001 wurde eine Einsparung von rd. 408.000,- Euro allein im Bereich des Sozialamtes durch den Einsatz des Prüf- und Ermittlungsdienstes erwirtschaftet.
  Für das Jahr 2002 sind bis einschl. November bereits rd. 500.000,- Euro eingespart worden.

- Herr Imlau berichtet zum Stand der Widerspruchsbearbeitung bei „Altfällen", daß die Aufarbeitung bis auf verbliebene 70 Fälle erfolgreich vorangetrieben wurde.

  Frau Efeyan, Soz 1000, ergänzt den Vortrag aus Sicht der Fachbereichsleitung anhand einiger Beispiele, bei denen u.a. eine veränderte Rechtssprechungspraxis dazu führt, daß die Fälle besonders zeitaufwendig und bearbeitungsintensiv werden. Dies gilt auch für einen Teil der verbliebenen 70 Alt-Fälle.

  Da unter den Altfällen auch restitutionsbehaftete Fälle sind, ist nicht abzusehen, wann mit einer endgültigen Erledigung zu rechnen ist.

TOP 9(neu): **Verschiedenes**

Herr Imlau, berichtet auf Nachfrage dem Ausschuß ausführlich zum Stand der Baumaßnahmen an bzw. in der Seniorenfreizeitstätte Nord.

- Die nächste Ausschußsitzung findet am **05.12.2002 ab 17:00 Uhr** statt.

Ausschußvorsitzender:	BV Bösener	
Schriftführerin:	BV Kühn	Bln. d. 20.12.
Protokoll:	Herr Lehmann	Berlin, den 27.11.2002

Anlage zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Soziales am 07.11.2002

Änderungsvorschlag (einstimmig angenommen) als neuer Antrag aller Fraktionen.

Betr.: Verbesserung der Kontrollmaßnahmen im Sozialamt

Das Bezirksamt wird ersucht, umgehend intern und mit der Senatsverwaltung für GesSozV sowie der BASIS-Geschäftsstelle Möglichkeiten und Wege für wirksame Kontrollen bei der Gewährung von finanziellen Leistungen des Sozialamtes zu erarbeiten.

Geeignete Maßnahmen sind unverzüglich umzusetzen.

Der Sozialausschuß ist über die Schritte, den aktuellen Stand und das Veranlaßte regelmäßig zu informieren.

Ein erster schriftlicher Bericht ist dem Sozialausschuß bis zum 31.01.2003 vorzulegen.

Berichte über Erfahrungen anderer Bezirke und des Rechnungshofes sind einzuholen.

Begründung:

Die Vorfälle im Sozialamt Mitte des Jahres haben ebenso wie in anderen Bezirken gezeigt, daß die vorhandenen Kontrollmöglichkeiten nicht in ausreichendem Maße verhindern, daß die Mitarbeiter öffentliche Gelder in die eigene Tasche wirtschaften, in sonstiger Weise strafbar handeln und dabei ihre Taten durch Manipulationen an Akten und Abläufen vertuschen können.

Derartiges Vorgehen muß im Interesse der anderen ehrlichen Mitarbeiter, der Sozialhilfeempfänger und nicht zuletzt aller Steuerzahler schnellstens unterbunden werden.